

WIEN

Wiener Stadtwerke bestätigen Sparkurs

Frühpensionen. Breite Kritik für Abschiedszuckerl

Was der KURIER bereits am Donnerstag berichtete, wurde nach einer kurzen Schrecksekunde am Freitag vom Personalvorstand Peter Weinelt bestätigt: Die Stadtwerke sparen bis 2018 rund 900 Mitarbeiter ein. 800 davon sind Beamte, die in den Ruhestand geschickt werden. Den Rest machen Vertragsbedienstete aus.

Gekürzt wird vor allem im Energiebereich. Den größten Brocken am Personalabbau müssen die Wiener Netze stemmen. 60 Prozent der Betroffenen stammen aus dieser Unternehmenssparte. Der Rest betrifft die Wien Energie. Während die Wiener Netze die Infrastruktur zur Verfügung stellen, muss die Wien Energie mit privaten Stromanbietern auf dem freien Markt konkurrieren.

Geld für Investitionen

Investiert müsse in beiden Bereichen werden, argumentiert Weinelt. Die Stadtwerke müssten in den nächsten fünf Jahren 1,9 Milliarden Euro an Investitionen in neue Technologien stecken. Gleichzeitig sind die Preise für Energie in den vergangenen Jahren auf ein Drittel gefallen, der Wettbewerbsdruck durch die Konkurrenz am Markt ist hoch. „Wir haben an allen Schrauben gedreht. Aber wir kommen an Personalthemen nicht vorbei. Dieser Wettbewerb ist sonst nicht machbar“, sagt Weinelt. Die Pensionszahlungen für die Beamten würden zu 100 Prozent aus dem

Gewinn der Wiener Stadtwerke finanziert. „Es entstehen daher keinerlei finanzielle Folgen für den Steuerzahler“, betont Weinelt. Dem KURIER von Insidern genannte Summen wie 80 Prozent des Letztbezugs für die Frühpensionisten weist Weinelt zum Teil zurück. „Der Durchschnitt liegt weit darunter.“

Kritik

Für die Opposition wenig Trost: „Die Frühpensionierungswellen sind ein Verrat am Steuerzahler“, sagt ÖVP-Chef Gernot Blümel. Auch Neos-Chefin Beate Meinl-Reisinger kritisiert, dass Personen mit einem „Golden Handshake“ in die Pension gedrängt werden.

„Die Signalwirkung solcher privilegierter Frühpensionierungswellen ist natürlich verheerend und demoralisierend für alle Bevölkerungsgruppen, bis auf die Nutznießer“, sagt auch Sozialwissenschaftler und Pensionsexperte Bernd Marin im KURIER-Interview.

Jahrzehnte hindurch habe es bei halbstaatlichen und lokalen Branchenriesen ein Schlaraffenland an Arbeits- und Ruhestandsbedingungen gegeben, von denen man in privaten Unternehmen nicht einmal träumen könne. „Was nun betriebswirtschaftlich nötig ist, trifft gesamtwirtschaftlich auch den Steuerzahler, der nun auch noch die Frühpensionierungswelle zahlen muss“, sagt Marin.

– ELIAS NATMESSNIG,
 YVONNE WIDLER



KURT KEINRATH

Peter Weinelt bestätigt den Sparkurs der Wiener Stadtwerke



WEBSTER UNIVERSITY

Für Pensionsexperten Marin sind die Privilegien verheerend